

Anreize für Wohnungsbau nötig

Mieterbund warnt vor Notstand in Großstädten

Von Volker Schmidt

Der Deutsche Mieterbund (DMB) warnt vor wachsender Wohnungsnot in Deutschland. „Wenn die Politik jetzt nicht aufwacht und handelt, werden junge Familien, Einkommenschwächere und Rentnerhaushalte, aber auch Normalverdiener das Wohnen in Großstädten künftig nicht mehr bezahlen können“, sagte DMB-Präsident Franz-Georg Rips am Rande einer DMB-Vorstandssitzung in Wiesbaden.

Rips forderte die Regierungen in Bund und Ländern auf, deutliche Anreize für mehr Wohnungsbau zu setzen. Zurzeit würden nur rund 65 000 bis 70 000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut, nötig seien rund 150 000. Nach Angaben des Bundesbauministeriums sei die Zahl der Haushalte in Deutschland zwischen 2002 und 2010 von 38,7 Millionen auf 40,3 Millionen gestiegen. Für 2025 rechne das Ministerium mit 41,1 Millionen Haushalten.

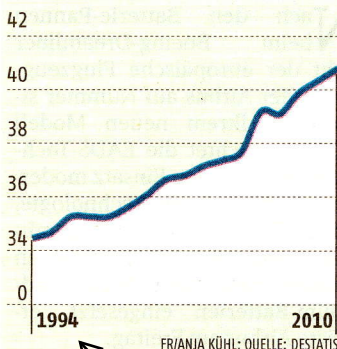
Mehr Sozialwohnungen

Der Mieterbund schlägt deshalb eine günstigere steuerliche Abschreibung von Investitionen in den Wohnungsbau, Anreize für Firmenwohnungen, öffentliche Förderung für energetische Sanierungen und altersgerechte Umbauten sowie ein stärkeres Engagement im Sozialwohnungsbau vor. Mindestens rund fünf Milliarden Euro müsse die öffentliche Hand zusätzlich dafür ausgeben. „Wer heute investiert, vermeidet spätere Folgekosten“, sagte Rips, etwa für soziale Verwerfungen. Außerdem hätten solche Investitionen positive Auswirkungen auf Konjunktur und Arbeitsmarkt.

Das neue Mietrecht, das noch vom Bundespräsidenten unterschrieben werden muss, lehnt

Ein-Personen-Haushalte

Anteil in Prozent



Rips ab. Zum einen beschränke es Mieterrechte, wenn etwa die Miete nicht mehr wegen der Belastung durch Bauarbeiten gemindert werden kann, wenn diese der energetischen Sanierung dienen. Zum anderen fehlten Instrumente gegen die steigenden Mieten. Der DMB fordert, dass ein Eigentümer, der eine Wohnung neu vermietet, den Preis um maximal zehn Prozent erhöhen dürfe. Mieter zahlten im Durchschnitt 34,1 Prozent ihrer Konsumausgaben für Miete und Nebenkosten.

„Ich bin guter Dinge, dass mehrere Parteien eine Begrenzung der Mieten in ihr Programm schreiben. Ich hoffe, dass sie das auch umsetzen, wenn sie gewählt werden“, sagte DMB-Direktor Lukas Siebenkotten. Mehrere Bundesländer hätten bereits Bundesratsinitiativen angekündigt, um Mieten zu kappen, das Wohngeld zu erhöhen oder auch dafür zu sorgen, dass Vermieter Maklergebühren selbst bezahlen.

Siebenkotten begrüßte die in letzter Minute ins Mietrecht aufgenommene Möglichkeit, Städte mit besonderen Wohnungsproblemen auszuweisen, in denen die Miete höchstens um 15 Prozent in drei Jahren steigen darf. Allgemein erlaubt sind 20 Prozent.

Die Null an der Ordinate ist fehlt am Platze, da dort wo sie steht, sicher nicht die Nullstelle der Achse ist.